

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/154

14. August 1972

Oberstes Gebot: Friedenssicherung

Zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des
deutsch-sowjetischen Vertrages

Von Karl Wienand MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Angst vor der Zukunft

Wohin steuert die Junge Union?

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Retter der Nation?

Zu Dr. Rainer Barzels Fernsehshow

Seite 4a / 39 Zeilen

Demagogie und Wirklichkeit

Wie die CSU Stabilitätspolitik betreibt

Von Dr. Peter Glotz MdB
Stellv. Vorsitzender der bayerischen SPD

Seite 5 / 44 Zeilen

Oberstes Gebot: Friedenssicherung

Zum 2. Jahrestag der Unterzeichnung des
deutsch-sowjetischen Vertrages

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Das Besondere der Geschichte liegt in der Einmaligkeit ihrer Ereignisse. Historische Situationen wiederholen sich nicht. Die in der Politik handelnden Persönlichkeiten, die Regierungen und Parlamente können immer nur über neue Fragen entscheiden. Historische Erfahrungen können Entscheidungen nur erleichtern.

Ähnlichkeiten und die vom Zeitgenossen gesehenen Paralleltäten beziehen sich nur auf Situationen, in denen der Politiker zwischen mehreren Möglichkeiten oder Alternativen zu wählen hat, in denen er die historischen Konsequenzen seines Handelns im langfristigen Interesse seiner Mitmenschen abzuwägen hat.

Als Bundeskanzler Willy Brandt und Bundesaußenminister Walter Scheel am 12. August 1970 in Moskau den deutsch-sowjetischen Vertrag über den Gewaltverzicht unterzeichneten, da war eine Entscheidung herangereift, deren Alternativen nur lauten konnten: Selbstisolation wie vor 70 Jahren mit allen Konsequenzen, die sich aus ihr für den weiteren schrecklichen Verlauf unserer Geschichte nach der Jahrhundertwende ergaben, oder Sicherheit, Zusammenarbeit und Frieden für uns und mit allen unseren Nachbarn.

Im Gegensatz zum zögernden Handeln und zu den folgenschweren Unterlassungen des wilhelminischen Reichskanzlers Graf Bernhard von Bülow gegenüber den englischen Annäherungsversuchen, hatte die Entscheidung der Bundesregierung ihre Wurzeln in den leidvollen Erfahrungen der europäischen Völker, in Erfahrungen, die unser Volk damals erst zu durchleben hatte. Die Ähnlichkeit der Situation liegt nur in der Chance, die sich heute wie damals der Politik bot: die historische Chance, die Sicherung des Friedens als dem vitalsten nationalen Interesse vor allen anderen politischen Interessen unseres Volkes zu stellen und vertraglich festzuhalten.

Unser Zeitalter erfordert, daß der Krieg aufhört, ein Mittel der Politik zu sein. Gegensätzliche nationale Interessen können nur durch Verhandlungen ausgeglichen werden. Wenn es jenseits des Friedens für unser Volk keine Existenz mehr gibt, dann bekommt die Erhaltung des Friedens einen anderen Stellenwert als vor hundert oder siebzig Jahren. Deshalb wäre nichts gefährlicher für unser Volk gewesen, als der tages- und parteipolitisch motivierter

Haltung der Opposition im Deutschen Bundestag zu folgen.

Die Diversität der Meinungen in der CDU und CSU und die schwankende Haltung des Oppositionsführers Dr. Barzel erhellten, daß es starken Kräften in der Opposition nicht um die für unser Volk lebenswichtigen Fragen und Entscheidungen ging. Während die Bundesregierung eine Politik vertraglich absicherte, die Schaden von unserem Volk abwenden soll, warf der Oppositionsführer der Regierung eine Ostpolitik vor, mit der wesentliche deutsche Interessen vernachlässigt worden seien und die "Keime eines gefährlichen Mißtrauens gegen die deutsche Politik säe".

Zwei Jahre nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zeigt sich nun deutlich, daß der Vertrag von großer europäischer Bedeutung und Tragweite ist und daß er für die Entspannung und Zusammenarbeit in Europa eine wesentliche Rolle spielt.

Für die große Mehrheit unseres Volkes ist die Stimmenthaltung der Opposition bei der Schlußabstimmung im Bundestag unverstänlich; noch dazu, wenn wir bedenken, daß die Opposition der Bundesregierung in der gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen beschleunigte, daß die Organe der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der im Grundgesetz festgelegten Kompetenzen handelten.

Der Bürger und Wähler wird von der Opposition keine Erklärung dafür erhalten, warum sie sich gegen eine Politik stark machte, mit der die Bundesregierung für unser Volk in aller Welt zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte wieder großes Vertrauen erwarb.

Niemand kann heute, ohne Gefahr zu laufen, in die Selbstisolierung zu geraten, der den Realitäten in Europa angemessenen Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit eine Minhaltepolitik entgegenstellen, wie sie von den verantwortlichen Politikern der Wilhelminischen Zeit gegenüber den damals für uns möglichen Partnern betrieben wurde. Wer sich wie die Opposition in den Wartestau versetzt und auf bessere vertragliche Bedingungen hofft, der hat und wird seine historische Chance verspielen.

Wir begrüßen es, daß die Bundesregierung ihre Politik konsequent fortsetzt und sich unter Beachtung unserer lebenswichtigen nationalen Interessen ernsthaft bemüht, auch mit der DDR, der CSSR, mit Ungarn und Bulgarien zu grundsätzlichen, dem Frieden dienenden Regelungen zu gelangen. (-/ex/14.8.1972/ks)

+ + +

Angst vor der Zukunft

Wohin steuert die Junge Union?

Die Junge Union hat erklärt, sie wolle nicht mehr nur oder zuerst an sozialdemokratischen Aktivitäten messen, was sie selbst zu tun habe und wie sie sich einstellt, sondern eigene Wege suchen. Das wird Zeit und es wäre lobenswert. Vielleicht wird sie dann auch erkennen, daß sie deutlicher als bisher sagen muß, wie rüchständig die Partei ist, deren Zukunft diese Jugend darstellt. Eine Partei, die erfolgreich arbeiten will, muß für die Jugend wirken und kann nicht "das gute Alte" als den grösseren Wert schätzen.

Das gilt für alle Parteien, selbstverständlich, und keine kann sich an der Tatsache vorbeischieben, daß die Jugend neue Hoffnungen hat, neue Ideen in die Auseinandersetzung um Ziele und Wege bringt und eine größere Gerechtigkeit verlangt als sie bisher erlebt hat. Je leidenschaftlicher sie auftritt, desto hoffnungsvoller sollte eine selbstbewußte ältere Generation in die nächsten Jahrzehnte schauen. Das Verhältnis von Programm und Wirklichkeit muß steter kritischer Würdigung ausgesetzt bleiben, wenn der Fortschritt nicht versäumt werden soll. Auch die ältere Generation hat einmal lernen müssen, wie leicht, wie frei schöpferische Gedanken beieinander wohnen und wie hart und schmerzvoll sich die Erfahrungen dann an der Wirklichkeit stossen, die überwunden werden soll, damit eine schönere Zukunft entsteht.

Hat sich die Junge Union etwa von den Jungsozialisten oder von den Jungdemokraten anstecken lassen? Will sie etwa "radikal" werden? Oder drängt sie ihr doch noch eine Lehre auf, deren wir wegen Ende des 30. Jahres nicht mehr bedürftig sind? Sie sollten: Jugend will und sollte nicht gelenkt werden, wo sie eigene Wege erforscht.

Wer etwas will, was neu in Wesen und Methode ist, braucht noch lange nicht radikal zu sein, auch wenn seine Gedanken weit vom Herkömmlichen abweichen. Wer leidenschaftlich und beharrlich, theoretisch und in praktischen Versuchen neue Ziele anstrebt, ist noch kein "Kommunist" in der gewollten Bedeutung eines Wortes, der Schimpf und Gefahr und Drohung zugleich meint. Und wer sich mit solchen, die dies tun und sich so verhalten, abgibt, diskutiert, auseinandersetzt, ist nicht "ihresgleichen" und schon überhaupt nicht der "Abschaum der Menschheit" oder auch nur eine "Gefahr für den Staat und die Ordnung unserer Gesellschaft", um einige der vielen Phrasen zu zitieren, mit denen allzu viele, die Verantwortung tragen, sich billig der Notwendigkeit entziehen möchten, mit Argumenten und unanfechtbaren Tatsachen gegen Forderungen und Illusionen anzugehen.

Die politische Diskussion in der Bundesrepublik droht zu erstarren. Lassen wir den alten Ben Akiba weg, der umstrittenen, der

meinte, es sei alles schon einmal da gewesen. Wir bedenkfalls erinnern uns der Jahre, in denen wir nach dem Ersten Weltkrieg nicht gerade zu den Stillen im Lande gehörten, auch nicht in der SPD, und erinnern uns dessen gern und möchten die Jahre und das Wollen nicht missen, das übrigens nicht ohne Erfolg geblieben ist. Wenn schon die Jugend darauf verzichten sollte zu drängen, zu stoßen, zu fordern, zu prüfen, zu examinieren, was wollen wir dann von den Etablierten erwarten, wenn es uns wirklich um den ständigen Fortschritt zu tun ist!

Im Übrigen überschauen ja alle, die auf die Jungen in der Union, in der SPD oder bei der FDP schauen, daß es auch junge Kommunisten gibt. Wir haben das in länger als einem halben Jahrhundert sorgfältiger Beobachtung der politischen Wirklichkeit unschwer bemerkt, so selten davon auch geredet wird, am wenigsten in Ländern, in denen die Kommunisten herrschen. Wer zu Mao reist, kann auch selbst dort, wie man hört und liest, Feststellungen treffen, die zu denken geben.

Die Unionsparteien werden gewiß nicht darauf verzichten, den Wahlkampf mit der Angst zu führen, Angst vor dem Radikalismus, vor allem, was sie in zwei Jahrzehnten Regierungsverantwortung haben wachsen sehen. Ihnen fiel in der Zeit ihres Regierens nichts ein und sie haben auch heute keine Sachargumente und werden ungeachtet aller Einsichten und Erkenntnisse allein nach ihren Interessen (und Interessenten) handeln.

Da wird behauptet und unterstellt, gehetzt und verleumdete werden. Die Jugend des eigenen Volkes, vielfach der eigenen Gesellschaftskreise, wird veräußert werden und die Parteien, in deren Jugend der Fortschritt seine entschiedensten Förderer hat, Sozialdemokraten und Liberale, werden als die Bringer des Verderbens gezeichnet werden. Von sachlichen Programmen wird nicht die Rede sein. Denn die Union glaubt nicht an eine Zukunft, sie sucht die Vergangenheit zu verankern, ihre Macht und ihre Chancen. Umso mehr wird sie von der Zukunft reden, wie sie es immer getan hat, ohne Alternativen, ohne neue Gedanken, ohne Konzepte und ohne den Mut zum Risiko, das im Wettbewerb der Völker unentbehrlich ist. Die Junge Union hat an diesem Bild der konservativen Parteien in der Bundesrepublik bisher nichts geändert.

Fritz Sänger
(-/ex/14.8.1972/ks)

+ - +

Retter der Nation?

Zu Dr. Rainer Barzels Fernsehshow

Der Fraktions- und Parteivorsitzende der CDU und Bewerber um das Kanzleramt hat sich genötigt gesehen, seinen Urlaub in Portugal vorzeitig abzubrechen. Schwere Sorgen trieben ihn wieder in heimatische Gefilde. Die Entwicklung der Preise, der Bundeshaushalt 1972 und nicht zuletzt die Quick-Affäre raubten ihm die Ruhe. Er wirkte vor dem Fernsehen als ein von Entsetzensvisionen heimgesuchter Mann, für den der Sturz der Bundesrepublik ins Bodenlose begonnen hat. So empfiehlt er sich denn auch als Retter aus äußerster Not.

Eine solche Attitüde läßt Schauerliches für den kommenden Wahlkampf erwarten. Sie erinnert an einen anderen CDU-Politiker, der seinerzeit durch die Lande reiste und überall verkündete, ein Sieg der SPD wäre der Untergang Deutschlands. Dieser Mann, dem ansonsten geschichtliche Größe gewiß nicht abzuerkennen ist, unterlag einem gründlichen Irrtum. Noch in seinen letzten Lebensjahren mußte er erleben, wie eben die von ihm verteilte SPD, weil seine Partei am Ende ihrer Regierungskunst war, einen völlig verfahrenen Staatskarren wieder mit in Gang brachte und die Bundesrepublik unter dem damaligen Außenminister Willy Brandt verlorenes Ansehen und Handlungsfähigkeit wieder zurückgewann. Den Nutzen davon hatten alle.

Heute möchte die Union der sozialliberalen Koalition jedes Verdienst absprechen und unbestreitbare Leistungen vom Tisch wischen. Sie macht in nicht zu überbietender Weise in Wiesmännerei und betreibt eine Verkettzerung des politischen Gegners, die an frühere schlimme Zeiten erinnert. Sie kann es im Grunde genommen nicht überwinden, daß sie seit drei Jahren auf den Bänken der Opposition sitzt, deren Rolle sie allerdings unzulänglich spielte. Sie beschwört nun für Volk und Staat Gefahren herauf, die gar nicht bestehen. Die von ihr entworfenen Schreckensbilder verblässen jedoch vor der Wirklichkeit. Das Bündnis der sozialliberalen Kräfte in unserem Lande bleibt für die Union der Inbegriff des Bösen schlechthin. Dies erklärt vieles.

Unser Volk braucht keine Nothelfer à la Barzel und Strauß. Sie sind ein dem Fortschritt hinderndes Gespann, das sich durch nichts anderes als durch Machtstreben dem Wählervolk zu legitimieren versucht. Aber das Streben nach Macht allein genügt nicht. Der Wähler will wissen, wofür die Macht eingesetzt werden soll. Hier fehlen von der Union schlüssige Antworten.

(ae/ex/14.8.1972/xs)

+ + +

Demagogie und Wirklichkeit

Wie die CSU Stabilitätspolitik betreibt

Von Dr. Peter Glotz MdL

Stellv. Vorsitzender der bayerischen SPD

Der eben erschienene "Finanzreport" des bayerischen Staatsministeriums der Finanzen bringt es an den Tag: die stetigen, von der CSU geradezu hysterisch vorgetragenen Vorwürfe gegen die Bundesregierung, sie vernachlässige bei ihrer Haushaltspolitik durch zu hohe Ausgaben die Stabilität, stehen auf schwankendem Grund. Oder - anders gesagt: Finanzminister Ludwig Huber hat klar dargelegt, daß der bayerische Staatshaushalt noch unbekümmerter gefahren wurde als der Bundeshaushalt. Entweder sind also beide - Bundesregierung und Staatsregierung - Stabilitätssünder oder die aufgeregten Attacken der Bonner Opposition erweisen sich als heiße Luft.

Schon die Gestaltung des bayerischen Haushaltes 1971 war mit 14 vH. Ausgabenzuwachs gegenüber 1970 keineswegs stabilitätsgerecht. Aus dem jetzt vorliegenden "Finanzreport" ergibt sich aber, daß zur Zeit - vom 30. Juni 1971 bis zum 30. Juni 1972 - die Steigerungsrate der tatsächlichen Ausgaben sogar bei 15,2 vH. liegt. Bei dieser Sachlage drängt sich nun wirklich die Frage auf: Wieso sind 11,4 vH. Steigerung des Bundeshaushalts inflationär, 14 bis 15 vH. Steigerung des bayerischen Haushaltes aber solide? An dieser Diskrepanz enthüllt sich der demagogische Kern der Wahlagitacion von Franz Josef Strauß und seinen Freunden.

Die CSU muß nachdrücklich gewarnt werden, in ihrer Wahlkampiflagitation das Thema "Stabilität" allzusehr, sich selbst an die Brust klopfend, herauszustellen; denn die Brust ist hohl, es klingt dumpf, wenn man an sie klopft. Die SPD wird sich nicht scheuen, Gegenfragen zu stellen. Beispielsweise diese:

Trotz hoher Baupreissteigerungen im Hochbau, insbesondere im Wohnungsbau (Wohnungsbaupreisindex für das Bundesgebiet 1970: + 14,9 vH., 1971: + 11,1 vH., 1972 (Mai): + 5,2 vH.) hat das Wirtschaftsministerium die dringend erforderliche Erhöhung des Angebots an Hochbauleistungen in Bayern behindert, indem sie ausländische Hochbaufirmen möglichst draußen hielt! Wie verantwortet dies die "stabilitätsbewußte" CSU?

Die CSU-Regierung hat nicht nur im Bildungswesen und bei der Polizei - wo es unumgänglich notwendig war - sondern auch in vielen anderen Bereichen die Bürokratie durch zahlreiche Personalstellenvermehrungen weithin aufgebläht. Im Wirtschaftsministerium, genauso aber in einer Reihe anderer Ressorts, werden viele Beamte, ja ganze Abteilungen, mangels Kompetenzen an der falschen Stelle eingesetzt. Ist das stabilitätsgerecht?

Franz Josef Strauß sollte sich einmal die Mühe machen und kontrollieren, was in dem von seiner CSU regierten Land an Stabilitätspolitik passiert. Seine Bonner Töne würden dann leiser werden.
(-/ex/14.8.1972/ks)